

Information an die designierten Landesschulräte bzgl. der Personalsituation an den Schulen der DDR:

Folgende Passagen aus einem Brief an das MfBW sind, die Einstellungspraxis seit 1. Nov. 1989 betreffend, exemplarisch:

"Die Schulen ... sind seit geraumer Zeit für das Schuljahr 1990/91 voll besetzt - und das wäre gut, wenn man nicht davon ausgehen müßte, daß durch die ehemals von der SED-Macht eingesetzten Stadtbezirksschulräte und ihre "Kaderabteilungen" seit November 1989 viele als Lehrer eingestellt wurden, die kaum eine Schulpraxis oder gar keine haben und aus meiner Sicht moralisch für eine Erziehungs- und Bildungsaufgabe untragbar sind: ehemalige Mitarbeiter aus Ministerien, Schulbehörden, aus dem Parteiapparat oder sogar Stasi-Angehörige."

"... ich muß mich fragen, ob es mir überhaupt je wieder möglich sein wird, als Lehrerin zu arbeiten, eben weil denjenigen, die für die Entwicklungen in der Vergangenheit - auch im Schulwesen - verantwortlich sind, längst von Ihregleichen ein Platz gesichert wurde, den sie niemals einnehmen dürften."

"... Noch ehe die durch Wahlen Legitimierten zusammen mit kompetenten Lehrern Einfluß nehmen können, haben die alten Strukturen längst 'gegriffen'."

"... die Ausschreibung des Amtes des Direktors wird sicher manches regulieren, aber zudem sollte genau überprüft werden, wer seit November 1989 als Lehrer eingestellt worden ist und welche Voraussetzungen diejenigen für die Erziehung und Bildung von Schülern mitbringen, die jetzt auf den 'Wartelisten' der Personalabteilungen registriert sind."

"... es geht nicht an, daß diejenigen, die sich aus ihrer inneren Einstellung soweit es möglich war dem SED-Staat verweigert und versucht haben, Wirkungen der Ideologisierung zu mildern, jetzt nun in der geschilderten Situation ausgegrenzt werden, ..."

Gleichzeitig wandten sich mittlerweile 9 Lehrer aus dem Rostocker Raum an das MfBW mit der Forderung um Unterstützung, da sie durch die Abteilung Bildung einem Beschluß des Runden Tisches folgend quasi "über Nacht" ihre Arbeitsverträge aufgekündigt bekamen. Das Problem: Diese Personen sind juristisch im Recht!

Größenordnung: Bei einer durchschnittlich angenommenen Einstellungsrate von 10 Lehrern pro Kreis aus den Bereichen ehemaliges MfS, Partei- bzw. Gewerkschaftsapparat oder Schulbehörden, die im Sinne einer "Vetternwirtschaft" von ihren ehemaligen "Kampfgenossen" bevorzugt Arbeitsverträge erhielten, handelt es sich republikweit um ca. 2500 Fälle. (Da keine exakten Angaben vorliegen, ist die Bandbreite dieser Schätzung erheblich. Es kann sich ebenso um 1000 oder 4000 Fälle handeln.)

Im Interesse der Demokratisierung der Schule ergibt sich dringender Handlungsbedarf!

Handlungsvariante:

Der Ministerrat beschließt (evtl. auf Initiative der Landesschulräte über den Minister für Bildung und Wissenschaft) die Aufhebung aller im Bereich der Volksbildung seit dem 1.11.1989 abgeschlossenen Arbeitsverträge. Gleichzeitig besitzt natürlich die nunmehr legitimierte kommunale Schulbehörde das Recht, in jedem Einzelfall die Einstellung des betreffenden Kollegen (z.B. auch befristet) zu sanktionieren, wenn dies fachlich, schulpolitisch und moralisch vertretbar bzw. wünschenswert ist.

